Dresdner Neueste Nachrichten

Morgen Veröffentlichung der Bedingungen des Anzeigen-Wettbewerbs der D. N. N.

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.30 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Z

Für den ersten Monat: 1 G.-Mark frei Zustellung durch Boten 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei für Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 279 ...esden. • Postscheck: Dresden 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre ... ung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 74 — Sonnabend, 28. März 1925 — XXXIII. Jahrg.

Massenkundgebung für Hellpach in Berlin

Neues schweres Grubenunglück — Poincaristischer Senatsvorstoß gegen Herriot

Die Katastrophe von Merlenbach

× **Saarbrücken, 26. März.** In der Grube Rebeaux der Saar- und Mosel-Kohlengrubengesellschaft in Merlenbach bei Forbach in Lothringen ereignete sich heute nachmittag gegen 3 Uhr ein folgenschweres Grubenunglück. Die Zeche ist militärisch abgesperrt. Das Unglück wird auf einen Seilbruch zurückgeführt. Nach den letzten Nachrichten nimmt man an, daß die Zahl der Toten etwa 40 beträgt. Bis 6 Uhr abends waren 30 Mann geborgen, darunter zwei Tote. Zwei weitere Bergleute starben sofort nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus. Alle übrigen sind durchweg schwer verletzt.

•

45 Tote

WTB. **Saarbrücken, 27. März.** Zu dem Grubenunglück in Merlenbach wird soeben bekannt, daß bis jetzt 45 Tote und 32 Verletzte geborgen sind. Es dürften noch etwa 6 Tote in der Grube sein.

Der mit 80 Mann besetzte Förderkorb ist aus einer Höhe von 500 Meter abgestürzt. Da die Rettungsarbeiten in dieser Tiefe sich sehr schwierig gestalteten, vergingen einige Stunden bis zur Bergung der ersten Opfer. Man befürchtet, daß die noch nicht geborgenen Bergarbeiter, es handelt sich um 50 Mann, alle verloren sind, denn diejenigen, die nicht bei dem Sturze des Förderkorbes zu Tode gekommen sind, dürften in dem über der Sohle des Schachtes stehenden Wasser ertrunken sein. Die meisten Verunglückten sind Saarländer. Es sind Gerüchte im Umlauf, daß das Unglück nicht allein auf einen Seilbruch, sondern auf Fehler in der Konstruktion der Förderanlage selbst zurückzuführen sei. Die Direktion hat über die Gründe, die zu dem Unfall geführt haben, noch keine Auskunft gegeben.

Was für Deutschland auf dem Spiele steht

Hellpachs Berliner Rede

× **Berlin, 26. März**

Die große demokratische Wahlkundgebung im Sportpalast, bei dem der demokratische Reichspräsidentschaftskandidat Staatspräsident Dr. Hellpach sprach, war von ungefähr 20 000 Menschen besucht. Für weitere 10 000 Personen wurde vor dem Sportpalast eine Parallelversammlung abgehalten, in der Hellpach ebenfalls das Wort ergriff. Die Polizei hatte Sicherheitsmaßnahmen getroffen, um den Abmarsch der gewaltigen Massen zu sichern. Zu nennenswerten Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Dr. Hellpach wurde mit brausendem Jubel begrüßt. Seiner Rede folgte der minutenlange Beifall einer begeisterten Zuhörerschaft, die endlich, endlich wieder einmal einen Mann am Rednerpulte sah. Die Rede Dr. Hellpachs bewegte sich in den gleichen Gedankengängen wie seine Dresdner Ausführungen, über die an dieser Stelle bereits ausführlich berichtet wurde. Besonders hervorzuheben sind folgende Worte:

Die Deutschen sind in vielen Dingen des Lebens und Wirkens ein wundervolles Volk. Wer als Deutscher sich in die Leistungen seiner Nation versenkt, den überkommt ein hoher Stolz und ein tiefes Glück, gerade ein Deutscher zu sein. In der Musik und Philosophie besitzen sie die unbestrittene Weltherrschaft. In der Dichtung werden sie nur noch von den Griechen und Briten erreicht. In den bildenden Künsten, der Forschung und der Technik stehen sie in der vordersten Reihe der Nationen. Selbst in der Wirtschaft, in Industrie und Handel haben sie Imponierendes geschaffen. In der Religion gehört ihnen die Schöpfung der Reformation des Christentums, sind Mystiker, Liederdichter, Heilige, wie nur je aus einem Volk aus Deutschland hervorgegangen. Und an alledem hat das breite Volk einen innigen echten Anteil. Fast nirgends in der Welt ist schlichte Frömmigkeit, wahrer Bildungshunger, allgemeine Tüchtigkeit so zu Hause wie in Deutschland.

Nur in der Politik bieten sie der Welt immer wieder einen trostlosen Anblick

Daher ist ihre Geschichte, der an geistigem Reichtum kaum eine zweite auf Erden gleichkommt, eine ewige Kette von politischen Nackenschlägen, Abstürzen, Knechtungen, Demütigungen. Bei allen grobartigen Episoden kommt sie einem doch schier hoffnungslos vor. Manche sagen, die Deutschen sind eben ein unpolitisches Volk. Man lasse sie also mit der Politik in Ruhe! Man regiere und verwalte sie von oben her gut, dann wird es am besten gehen. Dies ist barer Unsinn. Fast möchte man gut berlinisch sagen: es ist Quatsch — wenn es nicht zu unheilvoller Unsinn wäre, um einen so burschikosen Ausdruck zu erlauben.

Aber diese ganze Lehre von den angeblich unpolitischen Deutschen ist eine Irrlehre.

Es gibt keine an sich unpolitischen Völker

Die Griechen waren auf andre Weise politisch wie die Römer, die Franzosen sind es auf ganz andre Weise als die Engländer. Auch die Deutschen werden auf ihre Weise politisch sein — wenn sie es erst nur überhaupt einmal sein wollen und dürfen und wenn sie sich darin üben. Die größte politische Uebungsschule ist die Demokratie. Am nächsten Sonntag sollen die Deutschen ein ganz schweres Uebungsstück durchnehmen: sie sollen zeigen, daß sie wert sind, Republikaner zu sein.

Versagt das deutsche Volk bei der Wahl, dann würde nicht gerade der alte Obrigkeits- und Privilegienstaat wiederkommen, sondern ein neuer:

der Ausnahmestaat der Großwirtschaftsherren

indem nicht einmal wie früher die Gewohnheit zu herrschen und zu verordnen, sondern die Gewohnheit zu erwerben und zu verdienen die leitende Macht wäre. Und wenn wir überzeugt sind, daß dieser Staat der Nation auch und erst recht keine politischen Führer stellen würde, so bringt uns dazu die Beobachtung, wie sehr schon gestern und heute die Großwirtschaft in der Hervorbringung politischer Führer versagt hat.

Politische Mündigkeit einer Nation setzt ein bestimmtes Niveau ihrer Masse voraus. Armut und Dürftigkeit einzelner wird es immer geben, stets wird die übergroße Mehrheit der Menschen nur in bescheidenen Verhältnissen leben. Aber keine Schicht darf zur Not und zur Hoffnungslosigkeit verurteilt sein. Jede muß das Bewußtsein in sich tragen, daß ihre Tüchtigsten zur Teilnahme an der Leitung des Staates berufen sind. Aus demselben Grunde darf es ebensowenig

eine Kaste geben, die den Staat für sich als Vorrecht beanspruncht

Denn sie versperrt den übrigen Mitbürgern den Weg zum Staat und damit auch zum Vaterland. Der Name „Reichsblock", den wir jetzt lesen, kündet eine solche Versperrung. Denn er enthält die Selbstüberhebung, daß ein politisches Lager dem Reiche enger und näher verbunden sei als das andre.

In diesem Namen wird das Volk eingeteilt in eine Hälfte, welcher der Staat gehört, und in eine andre, der es gestattet bleibt, ihn zu bevölkern

Solche Zumutungen verträgt auf die Dauer nur ein politisch dummes Volk. Die allgemeine und in ihr auch die politische Erziehung der Volksmasse durch ein hochstehendes, geleitetes öffentliches Bildungswesen ist darum überall und auch für uns eine Lebensbedingung der Demokratie.

Die freien Gewerkschaften gegen Jarres

× **Berlin, 27. März.** Der Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, hat an Dr. Jarres einen offenen Brief gerichtet, der sich gegen ein vom Reichsblock herausgegebenes Flugblatt richtet, aus dem hervorgehen soll, daß die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten für Jarres als Nachfolger Friedrich Eberts eintreten. Das Flugblatt greift auf einen Brief zurück, den die freien Gewerkschaften von Duisburg gemeinsam mit andern Organisationen am 30. Januar 1923 an den kommandierenden General der Besatzungstruppen gerichtet haben und in dem sie gegen die rechtswidrige Ausweisung des Oberbürgermeisters Dr. Jarres aus Duisburg protestierten. Wie Leipart in dem offenen Briefe erklärt, habe dieser Brief an den General nicht dem Politiker Jarres, sondern dem Vertreter der deutschen Verwaltung gegolten, der von den rechtswidrig und vertragswidrig eingedrungenen Gegnern seines Amtes enthoben worden war. Gegen die außenpolitischen Ueberzeugungen des Herrn Jarres hätten die freien Gewerkschaften stets in leidenschaftlicher Opposition gestanden und ihre Mitglieder würden daher am 29. März Dr. Jarres ihre Stimme nicht geben.

Das Verfahren wegen Beleidigungen des verstorbenen Reichspräsidenten

B. **Berlin, 27. März.** (Eig. Drahtbericht.) Beim Staatsgerichtshof schweben noch über vierzig Verfahren wegen Beleidigung des verstorbenen Reichspräsidenten. Außerdem noch bei andern Gerichten etwa zehn bis fünfzehn ähnliche Prozesse. Aus dem Staatsgerichtshof heraus ist nun angeregt worden, alle diese Verfahren einzustellen. Ein Vorschlag in dieser Richtung ist auch bereits, wie eine hiesige Nachrichtenstelle meldet, dem Reichsjustizministerium zugegangen. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen worden, da möglicherweise beim Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten diese Verfahren durch eine Amnestie erledigt werden.

Der einzige Weg zum Frieden

Unterredung mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Nitti

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L **Zürich, 26. März.** (Durch United Preß)

„Das Genfer Protokoll ist endgültig begraben worden", erklärte der frühere italienische Premierminister Nitti dem Vertreter der United Preß auf seine Frage, ob nach den letzten Geschehnissen mit der Beratung des Protokolls, oder der Wiederaufnahme der Beratungen über einen Sicherheitspakt durch die Septembertagung des Völkerbunds zu rechnen sei.

„Ich war mir bereits im September vorigen Jahres bewußt, und habe das ja auch Ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß das Protokoll, trotz der großen, bei seiner Geburt gehaltenen Reden, ein totgeborenes Kind sei", fuhr Nitti fort. „Es war von Anfang an klar, daß das darin Versprochene nicht gehalten werden konnte."

Auf die Frage, warum er eine Aufstellung des Protokolls in veränderter Form für unwahrscheinlich halte, antwortete Nitti: „Ich glaube nicht an diese Möglichkeit. Das ganze Protokoll ist auf Zweideutigkeiten aufgebaut. Es ist kein Uebereinkommen, um den Frieden zu garantieren, sondern ein Uebereinkommen, um die augenblicklich bestehenden Verträge zu garantieren und zu konsolidieren. Jedes Mitglied des Völkerbundes wird verpflichtet, die Integrität dieser Verträge für alle Ewigkeit mit den Waffen zu verteidigen. Da nun das Völkerbundstatut vorschreibt, daß alle Entscheidungen des Völkerbundes, wie auch der Vollsitzung, um bindend zu sein, einstimmig gefaßt werden müssen — eine Bestimmung, die ebenso absurd wie unmöglich ist — würde jedes Mitglied gezwungen sein, nicht nur der Entscheidung über das Saargebiet Achtung zu verschaffen, sondern auch denen über Danzig, den polnischen Korridor, Oberschlesien, und die Teilung ungarischen und russischen Gebietes.

„Weder die Vereinigten Staaten noch Rußland würden einem solchen Pakt ihre Zustimmung geben. Ebenso würden die andern Besiegten ihre Zustimmung verweigern, und auch die britischen Dominien wie die skandinavischen Länder sind gegen eine solche Regelung. Folglich hat der Pakt nicht zum Frieden beigetragen, sondern hat nur neue Unstimmigkeiten aufkommen lassen. Er ist erledigt. Denen, die sich noch immer Illusionen hingaben, sollten die letzten Aeußerungen Chamberlains jeden Zweifel genommen haben."

Nach seiner Ansicht über geeignete Garantien befragt, erwiderte Nitti: **„Ich glaube an gar keine! Der Frieden kann nur durch eine friedfertige Politik garantiert werden. Statt dessen fahren wir fort, Kriegspolitik zu machen.** Das Saargebiet sollte keine fremde Besatzung mehr haben. Trotzdem ist sie noch dort. Die Kölner Zone sollte im Januar geräumt dort. Trotzdem ist sie noch besetzt. Und französische Truppen sind immer noch auf dem rechten Rheinufer und im Ruhrgebiet. Die Besiegten sind ohne Waffen, während die Sieger sowie die durch den Friedensvertrag neugeschaffenen Staaten ungeheure Armeen unterhalten. Der Völkerbund, der sonst nichts für den Frieden tun kann, veröffentlicht wenigstens Statistiken. Nach dem letzten von dieser Körperschaft herausgegebenen alljährlichen militärischen Bericht hat Europa heute über eine Million Mann mehr unter den Waffen als vor dem Kriege. Vor dem Weltkriege sprach man überall vom Militarismus der großen Reiche. Die absurden Friedensverträge haben diesen Militarismus nur vergrößert. Glauben Sie, daß alle diese Soldaten nur den Frieden vorbereiten?"

Auf die Frage, ob er daran glaube, daß von deutscher Seite irgendeine Gefahr kriegerischer Verwickelungen drohe, antwortete Nitti: „Ich glaube nicht. Ich warte noch auf die Veröffentlichung des Berichtes der militärischen Sachverständigen der Alliierten, der sofort hätte veröffentlicht werden müssen. Was soll die Welt davon halten, daß es noch nicht geschehen ist? Kein vernünftiger Mensch in England oder in den Vereinigten Staaten glaubt an Deutschlands Rüstungen. Deutschland hat keine militärischen Formationen, keine Artillerie, keine Gewehre und keine Luftflotte. Es kann nichts machen. Nur Frankreich, Polen und die Tschecho-Slowakei sind gewaltig gerüstet. In Deutschland sind Rüstungen unmöglich. Deutschland hat eine große kommunistische Partei, die besonders im Ruhrgebiet stark ist. Diese Kommunisten denunzieren nicht nur in ihren Zeitungen, sie gehen selbst zu den Behörden mit ihren Anklagen. Jede Rüstung, jede kriegerische Handlung Deutschlands würde Selbstmord sein."

„Gerechtigkeit allein", fuhr Nitti fort, „und ein direktes Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich zur Beendigung der Besatzungspolitik würden Garantien für den europäischen Frieden schaffen. Außerdem wäre die Revision der augenscheinlichsten Irrtümer des Friedensvertrages mit Bezug auf die Ostgrenzen notwendig. Deutschland ist nunmehr ein demokratischer Staat. Es erkennt die Entscheidung über Elsaß-Lothringen an. Aber es wird die restlichen Entscheidungen niemals anerkennen, die, mit der Ausnahme von einisch Polen, in Wilsons Vorschlägen nicht enthalten waren. **An dem Tage, wenn Frankreich und Deutschland ein loyales und freundschaftliches Uebereinkommen erzielen, werden wir Frieden haben.** Wird solches Uebereinkommen nicht erzielt, werden wir niemals Frieden haben."

Der Vertreter der United Preß fragte darauf Nitti, ob er glaube, daß England ein neues Garantieabkommen vorschlagen werde. Nitti antwortete: „Lloyd George schlug in Cannes eine Garantie der französischen und belgischen Grenzen vor. Das Anerbieten wurde abgelehnt. Man verlangt nicht nur eine Garantie für Frankreich und Belgien, sondern auch für die gesamten Bestimmungen aller Verträge. Das ist absurd. Außerdem glaube ich nicht an Garantien. Jede Garantie ist ein Bündnis. Der Dreibund hat zur Bildung der Triple-Entente geführt. Heute würde ein englisch-französisch-belgisches Bündnis dieselben Gefahren in sich bergen. Die bloße Ankündigung eines solchen Bündnisses hat bereits zu einer russisch-japanischen Allianz geführt, in die China jedenfalls noch einbezogen werden dürfte. Auf welcher Seite wird dann Deutschland stehen? Jedes Bündnis hat Kriege zur Folge. Wenn Europa das nach den schlimmen Erfahrungen der letzten Jahre noch nicht begriffen hat, muß man an seiner Intelligenz verzweifeln."

„Was halten Sie von einem Garantiepakt, der England, Belgien, Frankreich und Deutschland umfaßt?" fragte der Korrespondent. Nitti gab zur Antwort: „Diese Länder zu vereinigen, hieße nur, ihre Schwierigkeiten zu vereinigen, ohne sie zu lösen. Die Grundfrage würde immer noch die gleiche bleiben: Kann vollkommene Integrität von Verträgen garantiert werden? Ich persönlich zweifle daran. In Polen haben sich bereits Demonstrationen gegen Chamberlain und England abgespielt. Die Warschauer Polizei war gezwungen, das englische sowie das deutsche Konsulat gegen aufgeregte Demonstranten zu schützen."

„Sie sehen also noch keine Möglichkeiten für einen Frieden?", war die nächste Frage. „Noch nicht", antwortete Nitti. „Wir leben jetzt in einem Zustand, den ich „Krieg-Frieden" nennen möchte. Wir führen immer noch Krieg. Der einzige Fortschritt, der gemacht worden ist, ist der Dawes-Plan. Ich bin nicht ganz mit ihm einverstanden. Immerhin muß ich ihn als einzigen Fortschritt begrüßen. Wir, in Europa, haben etwa 35 Staaten, deren Mehrzahl sich untereinander haßt. Auch gibt es beinahe überall Protektionismus, Militarismus und Antisemitismus. Das ist kein Friede. Ich habe kürzlich ein kleines Buch fertiggestellt, das innerhalb einiger Monate gleichzeitig in acht oder zehn Sprachen erscheinen wird. Es heißt: „Die Leute, die ein Anrecht auf Frieden haben." Ich habe darin die Frage des Friedens ausführlich behandelt. Es ist nötig, die ganze Wahrheit zu sagen, solange noch strittige Punkte zwischen den Siegern und Besiegten über Besatzungspolitik, Bündnisse und Garantien bestehen. **Wir werden niemals zu einem aufrichtigen Frieden kommen, ohne eine direkte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Ich glaube immer noch an die Vereinigten Staaten von Europa.** Die Vereinigung der europäischen Länder hat aufgehört, eine Utopie zu sein. Sie ist eine Notwendigkeit geworden, soll Europa nicht untergehen. Aber wieviele Fehler werden wir noch machen, ehe wir dieses Ziel erreichen?"

Eine neue deutsche Kommune in Wolhynien

Im Gouvernement Wolhynien ist mit Zustimmung der ukrainischen Sowjetregierung und unter Kontrolle der in Frage kommenden Behörden eine deutsche Kommune (Eskrada) gegründet worden, die den Namen Andriew führen wird. Zu dieser Gemeinde gehören, wie aus Moskau berichtet wird, die beiden Dörfer Andriew und Pelarschtyna.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19250328/1